

# **Die Finanzierung der Kommune**

## **Teil I Beiträge und Kostenerstattungen**

Von  
**Dr. jur. Gerold Küffmann**  
Oberbürgermeister a. D.

---

ERICH SCHMIDT VERLAG

### **Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3 503 07843 6

Alle Rechte vorbehalten  
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2004  
[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen  
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch  
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den  
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992  
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: Peter Wust, Berlin  
Druck: Regensberg, Recklinghausen

## Vorwort

Es gibt gute Darstellungen des Abgabenrechts, insbesondere viele Kommentare zum Erschließungsbeitragsrecht und der Länderkommunalabgabengesetze. Auch das Umweltrecht ist systematisch gut beschrieben. Dieses nimmt z.T. ohne nähere Prüfung das Abgabenrecht in die Pflicht, umweltrechtlichen Zielen zu dienen. Damit soll das Verhalten der Konsumenten gesteuert werden. Diese indirekte Verhaltenssteuerung erfolgt unter der Annahme, dass das Ordnungsrecht nicht ausreicht, die Ziele des Umweltschutzes zu erreichen. Eine beide Bereiche abdeckende und die Grenzen der jeweiligen Rechtsmaterien suchende Darstellung in systematischer Form liegt – soweit erkennbar – noch nicht vor. Diese Grenzlينien im Verhältnis zum Umweltrecht aufzuzeigen, die für das Abgabenrecht wesentlich sind, soll eine Aufgabe des vorgelegten Werkes sein.

Der Verfasser, als Referent im Städtetag Nordrhein-Westfalen an der Konzipierung des KAG NW mit beteiligt, hat in der kommunalen Praxis als Stadtkämmerer und später als Oberbürgermeister das breite Eindringen des Umweltrechts in zwei Bundesländern praktisch zu bewältigen gehabt. In den Führungsgremien der kommunalen Spitzenverbände auf Landes- und Bundesebene konnte ein umfassender Eindruck über die Folgen dieses Einbruchs für den Bürger gewonnen werden.

Betroffen sind vor allem die Abgaben, die von Kommunen für ihre Leistungen berechtigterweise erhoben werden, wie Beiträge und Gebühren. Diese sind regelmäßig wegen ihrer Höhe der Kritik, vor allem der des Bundes der Steuerzahler, ausgesetzt. Hierbei wird außer Betracht gelassen, dass die Abgabenbelastungen im Wesentlichen durch technische Regelwerke des umweltrechtlichen Ordnungsrechts verursacht sind. Vollends bleibt unbekannt, dass die Gebühren auch Sonderabgaben mitschleppen, die aus Gründen des Umweltschutzes vom Staat auferlegt sind. Dies sind beispielsweise die Abwasserabgaben und Wasserentnahmeentgelte. Die Aufblähung dieser Lasten gegenüber den Bürgern haben die Verantwortlichen in den Kommunen zu vertreten. Die Zusammenhänge dieser Belastungen zu verdeutlichen, ist eine weiteres Anliegen dieses Werkes.

Wichtig war aber auch die Darlegung der rechtlichen Grenzen im Abgabenrecht bei Sonderabgaben, Beiträgen und Gebühren. Im hier vorgelegten Werk werden auch die Beiträge dargestellt, die für die erstmalige Erschließung von Baugebieten anfallen. Hiermit im Zusammenhang stehende weitere Belastungen für den Bauwilligen werden so in der Reihenfolge behandelt, wie sie sich den Verwaltungen, den kommunalen Gremien und schließlich den Betroffenen und deren Anwälten darstellen. Dies sind neben Erschließungsbeiträgen gegebenenfalls Beiträge für Lärmschutzmaßnahmen und vor allem die Kosten für den Ausgleich von ökologischen

Eingriffen durch naturschutzrechtliche Maßnahmen. Diese sind zwar nur in der letzten Konsequenz Abgaben, ihr Rechtsgrund liegt jedoch in planerischen Festlegungen, die nur abstrakt vom Gesetz formuliert sind, aber regelmäßig von Sachverständigen beurteilt werden, um das Umweltrecht vollzugsfähig zu machen. Damit im Zusammenhang stehen dann noch für den Bauwilligen Beiträge für die Grundstücksentwässerung und für die Wasserversorgung. Alles zusammen kann in ihrer Gesamthöhe eine unüberwindliche Schwelle für den Bauwilligen sein. Die Kommunen können auch bei bürgerfreundlichster Gestaltung diese Problematik nicht endgültig ausräumen: Familienpolitischer und – mit Blick auf die Bauwirtschaft – volkswirtschaftlicher Sprengstoff! Deshalb werden in diesem Werk auch finanzielle Größenordnungen genannt, wie sie bei erstmaliger Erschließung in einem überschaubaren Mittelzentrum entstanden sind. Eine individuelle Darstellung für einen „Musterhaushalt mit 2–3 Kindern“ wäre die Konsequenz für die politisch Verantwortlichen vor Ort bei erstmaligen Erschließungen. Diese Gesamtbelastung beim Bürger akzeptabel und darstellbar zu machen, ist eine Aufgabe der mittlerweile im gesamten Bundesgebiet unmittelbar vom Kommunalwahlberechtigten zu wählenden Bürgermeistern und deren Mitarbeitern, sowie der örtlichen kommunalen Gremien. Dies gilt auch für Gebühren und Beiträge nach der erstmaligen Herstellung.

Deshalb war es für den Verfasser ein Anliegen, bürgerfreundliche Wege zur Erreichung der Akzeptanz aufzuzeigen. Hierbei diente die Berufserfahrung als Stadtkämmerer und Oberbürgermeister in zwei Mittelzentren in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Geboten war deshalb auch die Gegenüberstellung des jeweiligen Landesrechts, das in Rheinland-Pfalz wesentlich akzeptanzorientierter ist als in Nordrhein-Westfalen und den Verantwortlichen wesentlich mehr Gestaltungsspielraum einräumt. Dieses Akzeptanzproblem wurde in Rheinland-Pfalz in mehreren Enquetekommissionen behandelt. Demgegenüber hat das Beitragsrecht in Nordrhein-Westfalen den Vorzug, in den mittlerweile über 30 Jahren seiner Gültigkeit ein hohes Maß an Rechtssicherheit zu bieten. Dies betrifft insbesondere Straßenausbaubeiträge und Anschlussbeiträge.

Auf andere Bundesländer wurde Bezug genommen bei grundlegenden Unterschieden und Besonderheiten. Dies gilt vor allem z. B. für die Wasserentgelte in den Beitrittsländern, welche den Übergang von den VEB-WAB's auf Zweckverbände zu bewältigen hatten mit entsprechenden kostenträchtigen Vorbelastungen.

Auch das Abgabenverfahrensrecht und die Einführung des Euro waren zu behandeln. Diese Kapitel sind wie das finanzverfassungsrechtliche Kapitel bedeutsam auch für die später nachfolgende Darstellung des kommunalen Gebührenrechts.

Diese Systematik gehört in die Hand der kommunalpolitisch Verantwortlichen, den betroffenen Wirtschaftskreisen wie der Bauwirtschaft und – wegen der Fremdenverkehrsbeiträge und Kurbeiträge – auch den Verantwortlichen im Fremdenverkehr. Auch den in der Wissenschaft am Umweltrecht Interessierten kann ein Studium der Grenzen des Abgabenrechts nur empfohlen sein. Schließlich würde sich der

## *Vorwort*

Verfasser freuen, wenn das Werk in der Hand der wirtschaftlich Interessierten, also auch den Bauwilligen und deren Anwälten, gute Dienste leisten würde.

Einem weiteren Band bleibt die spätere Darstellung des Gebührenrechts vorbehalten.

Auf umfangreiche Anhänge wurde verzichtet, der Fülle des zu bewältigenden Stoffes wurde versucht durch viele Verweisungen gerecht zu werden, zumal in der zitierten Literatur nahezu alles Wesentliche abgedruckt ist. Zu einem einzigen Anhang sieht sich der Verfasser veranlasst durch eine Entscheidung des sächsischen OVG zur Fremdenverkehrsabgabe, nämlich einer auszugsweise zitierten Vorlage zur Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe in einer Stadt in Rheinland-Pfalz. Mängel der Arbeit hat der Verfasser zu vertreten. Für sachdienliche Hinweise zur Verbesserung des Werkes ist der Verfasser dankbar.

Dank gebührt der Bibliothek des Deutschen Städtetages, der Geschäftsstelle des Städtetages Rheinland-Pfalz sowie den Geschäftsstellen des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen und Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz. Schließlich auch den Verwaltungen der Städte Rheine/Westf. und Andernach am Rhein für praktische Hilfeleistungen und verschiedene Hinweise.

Besonderer Dank gebührt meiner Familie, die zur Erstellung des Werkes sehr hilfreich beigetragen hat.

Rheine/Westfalen im Mai 2004

Gerold Küffmann

# Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort . . . . .	5	
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	27	

## KAPITEL I

### Verfassungsrechtliche Einordnung der kommunalen Beiträge als Vorzugslasten

<b>I.</b>	<b>Finanzverfassungsrechtliche Regelungen . . . . .</b>	31	1–7
	1. Herkömmliche Abgabendreiteilung . . . . .	31	1
	1.1 Ständige Rechtsprechung zur Vorzugslast . .	31	2
	1.2 Begriff der Kommunalabgaben, öffentliche Last sowie Vorzugslast . . . . .	31	3–4
	1.3 Die Verankerung des Gebühren- und Beitragsrechts im Verfassungsrecht . . . . .	32	5–6
	1.4 Unterschied zwischen Gebühr und Beitrag	33	7
<b>II.</b>	<b>Verteuerung der kommunalen Gebühren wegen umweltschützender Überlegungen und dagegen Belastungsverminderungen zur Erreichung von Akzeptanz bei den Bürgern . . . . .</b>	33	8–17
	1. Verhaltenssteuerung . . . . .	34	8–9
	2. Entwicklung des Rechts der Sonderabgaben . . . . .	34	10
	2.1 Zweifel und Kritik am Recht der Sonderabgaben . . . . .	34	11
	2.2 Allgemeine Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an Sonderabgaben . . . . .	35	12–13
	2.3 Abfallabgabe, City-Maut, Öko-Taxe . . . . .	35	14
	3. Veränderung des Kostenbegriffs der Kommunalabgabengesetze . . . . .	35	15
	3.1 Forderung nach Veränderung der Kommunalabgabengesetze . . . . .	36	16
	4. Naturschutz durch kommunales Satzungsrecht . .	37	17
<b>III.</b>	<b>Finanzierungsrecht . . . . .</b>	37	18
<b>IV.</b>	<b>Die Rechtsprechung zu kommunalrelevanten Sonderabgaben . . . . .</b>	37	19–20
	1. Abwasserabgabe . . . . .	37	19

## Inhaltsverzeichnis

2. Wasserentnahmeentgelte in Baden-Württemberg, Hessen, Schleswig-Holstein .....	38	20
<b>V. Umweltrecht, Planung, Ordnungsrecht, Finanzierung und Umweltabgaben.</b> .....	40	21–26
1. Planung .....	40	21
2. Ordnungsrecht .....	40	22
3. Finanzierung .....	41	23
4. Indirekte Umweltlenkung durch Steuern .....	41	24
4.1 Erweiterung des Steuerbegriffes .....	41	25
4.2 Die Einhaltung des Ordnungsrechts durch Kontrollen .....	42	26
<b>VI. Indirekte Verhaltenssteuerung und Sachverständigen-Beratungen in Rheinland-Pfalz zur Erreichung bürgerschaftlicher Akzeptanz</b> .....	42	27–31
1. Beiträge als ungeeignetes Mittel zur Verhaltenssteuerung .....	42	27
2. Entlastungsbemühungen durch Privatisierung ...	43	28
2.1 Privatisierung und andere Erörterungen ...	43	29
2.2 Kostensenkung durch die Grenzwertentscheidung in Rheinland-Pfalz	44	30
2.3 Abwasserberatung Nordrhein-Westfalen ...	44	31
<b>VII. Wertung der Bemühungen um umweltrechtliche Lenkung durch Mehrbelastungen</b> .....	45	32–35
1. Scheitern der Belastungsbemühungen mittels Gebührenerhöhungen .....	45	33–34
2. Belastungssenkungspolitik des Landes Rheinland-Pfalz .....	46	35
2.1 Unechte Privatisierung .....	47	
<b>VIII. Weitere belastungsrelevante Fragen.</b> .....	47	36–39
1. Haushaltsrecht (Kommunal) .....	47	36
2. Vergleich der Landesregelungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen .....	48	37
2.1 Rheinland-Pfalz .....	48	
2.2 Nordrhein-Westfalen .....	48	
3. Wertung der Gesetzgebung und der umweltorientierten juristischen Literatur .....	48	38
4. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei Beiträgen .....	49	39
<b>IX. Verfassungsrechtliche Voraussetzungen bei der Erhebung von Vorzugslasten</b> .....	50	40–51
1. Satzungserfordernis .....	50	41
2. Vorbehalt des Gesetzes .....	50	42

## Inhaltsverzeichnis

3.	Autonomes kommunales Satzungsrecht und Gesetzesvorbehalt im Einzelnen . . . . .	50	43
4.	Weitere verfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	51	44
4.1	Vorrang des Gesetzes . . . . .	51	45
4.2	Gestaltungsspielraum des Satzungsgebers . . . . .	51	46
4.3	Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .	51	47
4.4	Prinzip der Gleichbehandlung . . . . .	52	48
4.5	Kostendeckungsprinzip . . . . .	53	49
4.6	Äquivalenzprinzip . . . . .	53	50
4.7	Grundsatz der Systemgerechtigkeit . . . . .	53	51
<b>X.</b>	<b>Einmalige und wiederkehrende Beiträge . . . . .</b>	<b>53</b>	<b>52–54</b>
1.	Gesetzgebungstechnik . . . . .	53	52
2.	Einmaligkeit des Beitrags . . . . .	54	53
3.	Wiederkehrender Beitrag . . . . .	54	54

### KAPITEL II

#### **Umweltrelevante Überlegungen in der kommunalen Bauleitplanung**

<b>I.</b>	<b>Flächendeckender Schutz von Natur und Landschaft . . . . .</b>	<b>57</b>	<b>55–59</b>
1.	Umfassender Naturschutz . . . . .	57	56
2.	Verankerung des Umweltschutzes im BauGB . . . . .	57	57
3.	Genehmigungspflicht der Flächennutzungspläne . . . . .	58	58
4.	Neue Flächennutzungspläne . . . . .	58	59
4.1	Fortschreibung . . . . .	58	59
<b>II.</b>	<b>Kommunale Planung beim naturschutzrechtlichen Eingriff (Maßnahmen für den Naturschutz) . . . . .</b>	<b>59</b>	<b>60–94</b>
1.	Wasser, Abwasser, Abfall, naturschutzrechtlicher Eingriff . . . . .	59	60
1.1	Der naturschutzrechtliche Eingriff im Flächennutzungsplan in der Praxis mit Beispiel . . . . .	59	61
2.	Die Verankerung des Schutzes des Wassers im Flächennutzungsplan . . . . .	60	62
3.	Abwasserbeseitigung . . . . .	60	63
3.1	Veränderung der Abwasserbeseitigungspolitik bei Niederschlagswasser . . . . .	61	64
3.1.1	Das ATV-Regelungswerk zur Wahl des Entwässerungssystems . . . . .	61	65
3.1.2	Vorgabe der ATV . . . . .	62	
3.1.3	Mischsystem/Trennsystem und Modifizierungen . . . . .	63	
3.1.3.1	Mischsystem . . . . .	63	
3.1.3.2	Trennsystem . . . . .	63	



*Inhaltsverzeichnis*

3.1.4	Modifizierungen . . . . .	63	
3.1.5	Entwässerungsvorplanung und Integration in die Bauleitplanung . . .	63	
3.1.6	Technische Gesichtspunkte und Bewertung der Systeme . . . . .	64	
3.1.7	Kostenaspekte . . . . .	64	
3.1.8	Planung, Bau und Betrieb . . . . .	64	
3.1.9	ATV und modifizierte Entwässerungssysteme . . . . .	64	
3.1.10	Anforderungen an die Grundstücksentwässerung . . . . .	65	
3.1.11	ATV und andere sachverständige Meinungen . . . . .	65	66
3.1.12	Wertung . . . . .	65	67
3.2	Wasser- und Abwasserpolitik in den Beitrittsländern . . . . .	65	68
3.2.1	Wasserpolitik in Thüringen . . . . .	65	69
3.2.2	Abwasserbeseitigung . . . . .	66	70
4.	Gesetzgebungstechnik im Hinblick auf Abwasserplanung . . . . .	68	71
5.	Darstellung des Abfall- und Immissionsschutzrechtes . . . . .	68	72
5.1	Abfallrecht . . . . .	68	73
5.1.1	Grundzüge des kommunalen Entsorgungsrechts im Abfallbereich	68	74
5.1.2	Kommunale Zuständigkeiten . . . . .	68	75
5.1.3	Abfallüberlassungspflichten . . . . .	69	76
5.1.4	Ausschluss von der Entsorgung . . . . .	69	77
5.2	TA-Siedlungsabfall und bevorstehende Belastungssprünge . . . . .	70	78
5.2.1	Fristen . . . . .	70	79
5.2.2	Thüringen als Beispiel für die Beitrittsländer und Entsorgungsproblematik . . . . .	71	80
5.2.3	Nordrhein-Westfalen . . . . .	71	81
6.	Immissionsschutz . . . . .	71	82
6.1	Lärmschutz . . . . .	71	83
7.	Bundesbodenschutzgesetz und Bauleitplanung . . .	72	84
8.	Erstmalige Erschließung entsprechend der kommunalen Planung . . . . .	72	85
8.1	Kommunale Planung für Siedlungen und gewerbliche Zwecke . . . . .	72	
8.1.1	Beachtung der Veränderung der planerischen Rahmenbedingungen . .	72	86

## Inhaltsverzeichnis

8.2	Erschließung nach bisherigen Stand und entsprechende Gesetzgebung . . . . .	73	87
8.3	Erstmalige Erschließung. . . . .	73	88
8.4	Verkehrsanlagen . . . . .	73	89
9.	Ansprüche gegenüber den Bauwilligen aus Bundes- und Landesrecht . . . . .	74	90
10.	Vertragsrecht . . . . .	74	91
11.	Finanzielle Größenordnungen . . . . .	74	92–93
11.1	Wertung . . . . .	76	94
<b>III.</b>	<b>Umweltpolitische Zielsetzungen mit finanziellen Konsequenzen . . . . .</b>	76	95
<b>IV.</b>	<b>Der naturschutzrechtliche Eingriff im Flächennutzungsplan und Bebauungsplan . . . . .</b>	76	96–97
1.	Behandlung im Flächennutzungsplan . . . . .	76	96
2.	Wertung der kommunalen Praxis . . . . .	77	97
<b>V.</b>	<b>Lärmschutz und dessen Finanzierung . . . . .</b>	77	98
1.	Lärmschutz als zwingendes Gesundheitserfordernis . . . . .	77	
<b>VI.</b>	<b>Wasserschutz im Bebauungsplan . . . . .</b>	78	99
1.	Wasserrechtliche Erfordernisse . . . . .	78	99
<b>VII.</b>	<b>Rechtliche Bedeutung technischer Regelungswerte</b>	79	100
<b>VIII.</b>	<b>Systematik des Lärmschutzes . . . . .</b>	79	101–105
1.	Bauplanungsrecht . . . . .	80	102
2.	Technische Regelwerke . . . . .	80	103
3.	Lärmschutz bei Straßen und Städtebau . . . . .	80	104
4.	Entwicklungen in der Zukunft. . . . .	80	105

### KAPITEL III

#### Erstmalige Erschließung und deren Finanzierung

<b>I.</b>	<b>Erschließungsbeiträge . . . . .</b>	81	106–128
1.	Bundesrechtlicher Beitrag für erstmalige Erschließung . . . . .	81	107
1.1	Regime-Entscheidung zur Erschließung . . .	81	108
2.	Andere Erschließungsanforderungen und deren Finanzierung . . . . .	82	109
2.1	Fachrecht . . . . .	82	110
2.2	Kompetenzen von Bund und Ländern . . . .	82	111
2.2.1	Sperrwirkung des Bundesrechts . . . .	83	112
3.	Begriff der Erschließung . . . . .	83	113
3.1	Erschließungsanlagen des BauGB . . . . .	83	114
3.2	Erschließung durch weitere Infrastruktur. . .	84	115
4.	Baureifmachung durch Erschließung und Maßnahmen für den Naturschutz . . . . .	84	116

## Inhaltsverzeichnis

4.1	BBauGB 98 .....	84	117
4.2	Verkehrssicherheit durch Kreuzungen, Einmündungen, Kreisverkehre .....	85	118
4.2.1	Kreuzungen .....	85	119
4.2.2	Einmündungen .....	85	120
4.2.3	Kreisverkehre .....	85	121
4.2.4	Kostenaufteilung .....	86	122
4.3	Andere Kreuzungsformen .....	86	123
5.	Erschließungslast .....	86	124
5.1	Entstehen einer Erschließungslast .....	87	125
5.2	Eingriff in die Natur .....	87	126
6.	Anspruchsgrundlagen aufgrund des Bundesrechts gegenüber dem Bürger. ....	87	127
6.1	Abgrenzung zwischen Erschließungsbeitragsrecht und Kostenerstattungen .....	87	128
<b>II.</b>	<b>Erschließungsbeiträge bei erstmaliger Erschließung</b> .....	88	129–135
1.	Plangemäßer Ausbau .....	88	130
2.	Spezielle Probleme .....	88	131
2.1	Öffentliches Grün .....	88	
2.2	Straßenentwässerung .....	88	132
3.	Wasserrecht-Neukonzeption .....	89	133
3.1	Ortsnahe Entwässerung .....	89	134
3.2	Erforderlichkeit der Maßnahmen .....	89	135
<b>III.</b>	<b>Berechnung und Verteilung des umlagefähigen Erschließungsaufwands</b> .....	90	136–175
1.	Ermittlung des Aufwands .....	90	136
2.	Berechnung des umlagefähigen Erschließungsaufwands .....	90	137
2.1	Die Behandlung von Anbaustraßen .....	91	138
2.1.1	Verteilung des Erschließungs- aufwands .....	91	139
2.1.2	Grundstücksbegriff .....	91	140
2.1.3	Anbaustraßen und angrenzende Grundstücke .....	92	141
2.1.4	Hinterliegergrundstücke .....	92	142
2.1.5	Behandlung von Zweit- oder Dritterschließungen .....	92	143
3.	Beitragsbegrenzungen .....	93	144
3.1	Tiefenbegrenzung .....	93	145
3.1.1	Begrenzung der Erschließungswirkung .....	93	145

*Inhaltsverzeichnis*

4.	Grundsatz der konkreten Vollständigkeit im Erschließungsbeitragsrecht . . . . .	94	147
4.1	Der § 131 Abs. 2 und 3 BauGB-Verteilungsregelung . . . . .	94	148
4.2	Die Bedeutung des § 133 BauGB. . . . .	94	149
4.3	Maßstäbe für die Verteilung des Erschließungsaufwands . . . . .	95	150
5.	Voraussetzungen einer Satzung gemäß § 132 BauGB. . . . .	95	151
5.1	Schema des Ablaufs der Berechnung einer Heranziehung . . . . .	95	152
5.1.1	Entscheidungsgrundlagen. . . . .	95	153
5.1.2	Geschossflächenmaßstab und Vollgeschossmaßstab . . . . .	96	154
5.2	Muster der Bundesvereinigung (BV) der kommunalen Spitzenverbände . . . . .	96	155
5.3	Verteilungsmaßstab nach Maß und Art der Ausnutzbarkeit . . . . .	97	156
5.4	Satzungserfordernis . . . . .	97	157
5.5	Satzungsmuster der BV zur Frage des Maßstabes. . . . .	97	158
5.5.1	Behandlung von Gewerbe und Industrie . . . . .	98	159
5.5.2	Berücksichtigung der Art der Nutzung . . . . .	98	160
5.5.3	Behandlung der unbepflanzten Gebiete hinsichtlich Maß und Art. . .	99	161
6.	Vertrauensbildung durch Erschließungsbeitragsatzung . . . . .	99	162
6.1	Höhe der Beiträge. . . . .	99	163
6.2	Vertrauensbildung. . . . .	99	164
6.2.1	Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen. . . . .	100	165
6.3	Satzungsrecht . . . . .	100	166
6.3.1	Gemeindeverfassungsrecht. . . . .	100	167
6.3.2	Voraussehbarkeit, Teileinrichtungs- programme, Bauprogramme. . . . .	100	168
6.3.3	Gründerwerb. . . . .	101	169
6.3.4	Widmung . . . . .	101	170
7.	Übergangsvorschriften. . . . .	101	171
7.1	Übergang vom Neubaurecht des Baugesetzbuches zum Ausbaubeitragsrecht der Länder. . . . .	102	172

*Inhaltsverzeichnis*

7.1.1	Unterschiedlichkeit des Übergangs in § 242 Abs. 1 BauGB und § 242 Abs. 9 BauBG für die Beitrittsländer . . . . .	102	173
7.1.2	Alte Bundesländer . . . . .	102	174
7.1.3	Vorhandene Straßen in den Beitrittsländern . . . . .	103	175

KAPITEL IV

**Immissionsschutz**

<b>I.</b>	<b>Beiträge für Immissionsschutzanlagen. . . . .</b>	<b>105</b>	<b>176–192</b>
1.	Tatsächliche Gegebenheiten . . . . .	105	177
1.1	Das System der Mustersatzung der BV für Immissionsschutz . . . . .	105	178
1.2	Durch Schutzanlagen erschlossene Grundstücke . . . . .	106	179
1.3	Lärm – naturwissenschaftlich – und juristische Folgerungen . . . . .	106	180
1.3.1	Verfahren nach der Mustersatzung der BV in der kommunalen Praxis . .	107	181
1.3.2	Die Mustersatzung im kommunalen Anwendungsbereich . . . . .	108	182
1.3.3	Computerberechnung . . . . .	109	183
1.3.4	Weitere rechtliche Betrachtungen des VG Koblenz . . . . .	109	184
1.4	Der Sondervorteil im Lärmschutzrecht . . .	110	185
1.4.1	Feststellung des besonderen Vorteils	110	185
1.4.2	Verteilung der Kosten einer Immissionsschutzanlage . . . . .	111	186
1.5	Entstehen der sachlichen Beitragspflicht . . .	111	187
2.	Das Verhältnis von Bauplanungsrecht und speziellem Lärmschutzrecht . . . . .	111	188
2.1	Baunutzungsverordnung . . . . .	112	189
2.2	Bundesimmissionsschutz . . . . .	112	190
2.3	Verhältnis der 16. BImSchV zur DIN 18005	112	191
2.4	Neue Rechtsgrundlage für die TA-Lärm . . .	112	192

KAPITEL V

**Kostenerstattungen bei naturschutzrechtlichen  
Eingriffen**

<b>I.</b>	<b>Vorbemerkung zur planerischen und abgaberechtlichen Trennung. . . . .</b>	<b>113</b>	<b>193</b>
<b>II.</b>	<b>Verankerung in der kommunalen Bauleitplanung</b>	<b>113</b>	<b>194–212</b>

*Inhaltsverzeichnis*

1.	Planung .....	114	195
2.	Verursachungsprinzip .....	114	196
3.	Rechtsnatur des Kostenerstattungsanspruchs ....	114	197
4.	Verhältnis zum Erschließungsbeitragsrecht. ....	115	198
5.	Zuordnung im Bebauungsplan .....	115	199
6.	Praktische Erfahrungen in Rheinland-Pfalz ....	116	200
6.1	Grundsätzliches .....	116	201
7.	Bewertungskriterien .....	116	202
8.	Bewertungsmethoden .....	117	203
8.1	Verbal-Argumentative Kompensationsermittlung. ....	117	
8.2	Biotopwertverfahren. ....	117	
8.3	Kompensationsfaktoren .....	117	
8.4	Herstellungskostenansatz .....	117	
9.	Die Regelung in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern .....	117	204
9.1	Das Verfahren in Bayern. ....	118	205
9.2	Das Verfahren in Nordrhein-Westfalen ....	118	206
9.3	Rheinland-Pfalz .....	119	207
10.	Derzeitige Belastungen .....	119	208
10.1	Hessen .....	119	209
11.	Rechtliche Würdigung. ....	120	210
11.1	Gesetzeslage. ....	120	211
11.2	Erstattungsaufwand .....	120	212
<b>III.</b>	<b>Verfahren der Kostenerstattung</b> .....	120	213–215
1.	Die §§ 135 a ff. BauGB .....	120	213
2.	Satzungsrecht (Verfahren) .....	121	214
3.	Weiteres Satzungsrecht .....	122	215
<b>IV.</b>	<b>Das neue Naturschutzrecht</b> .....	122	216
<b>V.</b>	<b>Demographischer Wandel</b> .....	122	217
<b>VI.</b>	<b>Gemeinsamer Runderlass zur Einführung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung. ....</b>	123	218

KAPITEL VI

**Straßenausbaubeiträge**

<b>I.</b>	<b>Begriff, Gesetzgebungskompetenz und Verfassungsvorgaben</b> .....	125	219–228
1.	Begriff .....	125	219
1.1	Verzicht in Berlin und Baden-Württemberg	125	220
2.	Gesetzgebungskompetenz und Gesetzgebungstechnik. ....	125	221
3.	Verfassungsrechtliche Vorgaben für Ausbaubeiträge .....	126	222

*Inhaltsverzeichnis*

4.	Beitragserhebungspflicht und Ausbaulast . . . . .	126	223
5.	Der Inhalt des Vorteilsbegriffs im Bundesgebiet . .	127	224
5.1	Vorteilsbegriff in Schleswig-Holstein . . . . .	127	225
5.2	Bayern . . . . .	127	226
5.3	Nordrhein-Westfalen . . . . .	128	227–228
<b>II.</b>	<b>Fortentwicklung des Beitragsrechts in</b>		
	<b>Rheinland-Pfalz . . . . .</b>	128	229–232
1.	Vergleich von zwei Grundtypen . . . . .	129	230
2.	Satzungsrecht als Erfordernis in allen Ländern . .	129	231
3.	Satzungsregelung . . . . .	129	232
<b>III.</b>	<b>Vorrangige Rechtsnormen des Bundes- und</b>		
	<b>Landesrechts . . . . .</b>	129	233–235
1.	Erschließungsbeitragsrecht . . . . .	130	233
2.	Sanierungsrecht . . . . .	130	234
3.	Straßenrecht . . . . .	130	235
<b>IV.</b>	<b>Beitragstatbestand . . . . .</b>	130	236–259
1.	Tatbestände im Satzungsrecht . . . . .	131	236
2.	Maßnahmen zur Erhöhung des Gebrauchsvorteils	131	237
2.1	Verbesserung und andere abgabenpflichtige Maßnahmen . . . . .	131	238
3.	Anlagenbegriff im Ausbaubeitragsrecht . . . . .	131	239
3.1	Erschließungsanlagen . . . . .	131	240
3.1.1	Die Anlagen im Einzelnen/ Parkflächen . . . . .	132	241
3.1.2	Einmündungen von Straßen, abzweigende Straßen, Aufteilung von Hauptzügen in mehrere Straßenteile, Stichwege, Fußgängerzonen . . . . .	132	242
4.	Gesetzliche Anknüpfungen an Vorteilstatbestände	132	243
4.1	Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung . . . . .	132	244
4.1.1	Verbesserung . . . . .	133	245
5.	Umwandlung zu Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen im Einzelnen . . . .	134	246
6.	Tatbestand der Erweiterung . . . . .	134	247
6.1	Verbesserung der Anlage als Ganzes . . . . .	134	248
6.1.1	Parkstreifen, Gehwege, Radwege, Grünstreifen, Beleuchtung, Straßenentwässerung . . . . .	135	249
6.1.2	Sachverständigenbeurteilungen . . . . .	135	250
6.2	Technisch bessere Ausstattung . . . . .	136	251
6.3	Kompensation . . . . .	136	252

## Inhaltsverzeichnis

7.	Die Bedeutung des § 8 Abs. 4 S. 4 KAG Nordrhein-Westfalen . . . . .	136	253
7.1	Gemeinde-Anteil/Grundsatz der regionalen Teilbarkeit . . . . .	136	254
7.1.1	Gemeindeanteil bei Fußgängerzonen . . . . .	137	255
8.	Weitere Differenzierungen des Satzungsmusters des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen und des Städtetages Nordrhein-Westfalen . . . . .	138	256
8.1	Straßentypen . . . . .	138	257
8.2	Anrechenbare Breiten . . . . .	138	258
8.3	Funktionen der Straßentypen . . . . .	138	259
8.3.1	Anliegerstraßen . . . . .	138	
8.3.2	Hauptverkehrs- und Haupterschließungsstraße . . . . .	138	
8.3.3	Hauptgeschäftsstraßen . . . . .	139	
8.3.4	Zeitpunkt der Einordnung . . . . .	139	
<b>V.</b>	<b>Die Verteilung des umlagenfähigen Aufwandes . . .</b>	139	260–270
1.	Nichtbeitragsfähiger Aufwand . . . . .	139	261
2.	Verteilungssystem . . . . .	139	262
2.1	Maßstabseinheit Beitragssatz, Berechnungsvorgang . . . . .	140	263
2.2	Methode der Bemessung . . . . .	140	264
2.3	Anforderungen an die Maßstabsregelung in der Satzung/Vorteilsabwägung . . . . .	140	265
3.	Wahrscheinlichkeitsmaßstab . . . . .	141	266
3.1	Grundsatz der regionalen Teilbarkeit . . . . .	141	267
3.1.1	Die sog. einfachen Verteilungsmaßstäbe . . . . .	141	268
3.1.2	Frontmetermaßstab/Flächenmaßstab	142	269
4.	Die qualifizierten Maßstäbe . . . . .	142	270
5.	Der Aufbau der Verteilung im kommunalen Satzungsmuster . . . . .	142	271
5.1	Tiefenbegrenzung . . . . .	143	272
5.2	Berücksichtigung der Nutzungsmöglichkeit	143	273
5.3	Abschläge bei gemeinnützigen und großen Flächen . . . . .	143	274
5.4	Regelungen für unbeplante Gebiete . . . . .	143	275
5.5	Besonderheiten: Eckgrundstücke, mehrfacherschlossene Grundstücke . . . . .	144	276
<b>VI.</b>	<b>Das Landesrecht Rheinland-Pfalz . . . . .</b>	144	277–299
1.	Die Entwicklung in den Bundesländern . . . . .	144	278



*Inhaltsverzeichnis*

2.	Die beitragsrechtlichen Wahlmöglichkeiten in Rheinland-Pfalz . . . . .	145	279
2.1	Einmalige und wiederkehrende Beiträge . . .	145	280
2.2	Abrechnungsarten . . . . .	145	281
3.	Ermittlung des Beitrags beim bisherigen Beitragssystem . . . . .	145	282
4.	Abrechnungseinheiten . . . . .	145	283
5.	Abrechnungseinheit und wiederkehrender Beitrag	146	284
6.	Rechtspolitische Erörterungen . . . . .	146	285
7.	Die Rechtslage in Rheinland-Pfalz . . . . .	146	286
7.1	Rechtsprechung zum einmaligen Beitrag . .	147	287
8.	Satzungsmuster des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz . . . . .	147	288
9.	Kurzanalyse der bisherigen Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz zum wiederkehrenden Beitrag . . . . .	147	289
9.1	Anerkennung des Prinzips der Abrechnungseinheit . . . . .	147	290
9.2	Fortgeltung der Rechtsprechung zur Abrechnungseinheit im Prinzip . . . . .	148	291
9.3	Die Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz zum wiederkehrenden Beitrag . . . . .	148	292–299
<b>VII.</b>	<b>Zusammenfassung . . . . .</b>	153	300–310
1.	Übereinstimmungen . . . . .	153	301
2.	Beitragsserhebungspflicht . . . . .	153	302
3.	Vorteilsbegriff . . . . .	154	303
4.	Satzungserfordernis . . . . .	154	304
5.	Mindestanforderungen . . . . .	154	305
5.1	Beitrittsländer . . . . .	154	306
5.2	Abhängigkeit vom Zivilrecht . . . . .	155	307
6.	Beitragsserhebungspflicht und Satzungsrecht, insbesondere Sachsen-Anhalt . . . . .	155	308
7.	Reihenfolge . . . . .	157	309
7.1	Besondere Schwierigkeiten in Sachsen-Anhalt . . . . .	157	310
<b>VIII.</b>	<b>Beiträge für Einrichtungen im Außenbereich . . . . .</b>	157	311–318
1.	Wiederkehrender Beitrag des § 11 KAG Rheinland-Pfalz . . . . .	157	312
1.1	Abgabenrecht . . . . .	158	313
1.2	Wasserrecht . . . . .	158	314
1.3	Zweifelsfragen . . . . .	158	315
1.4	Anderweitige Nutzungen . . . . .	159	316
1.5	Beitragsmaßstab . . . . .	159	317

1.6	Beitragspflicht für Dränagen . . . . .	160	318
-----	--	-----	-----

KAPITEL VII

**Finanzierung der Entwässerung mittels  
Kanalanschlussbeiträgen**

<b>I.</b>	<b>Beiträge für leitungsgebundene Entwässerungsanlagen . . . . .</b>	<b>161</b>	<b>319–361</b>
1.	Erschließungsfunktion . . . . .	161	320
1.1	Technisches System verschiedener Teilanlagen . . . . .	161	321
1.2	Begriff der öffentlichen Anlage . . . . .	161	322
2.	Finanzierung . . . . .	162	323
2.1	Preußisches Recht . . . . .	162	324
2.2	Grundzüge der KAG der Länder . . . . .	162	325
2.3	Ausbaubeitragsrecht der Länder . . . . .	162	326
2.4	Gebührenfinanzierung . . . . .	163	327
3.	Folgerungen – privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Finanzierung? . . . . .	163	328
4.	Finanzierung der Entwässerungseinrichtung durch Beiträge . . . . .	163	329
4.1	KAG Nordrhein-Westfalen . . . . .	164	330
4.1.1	Begriff der Anlage (Einrichtung) im Anschlussbeitragsrecht . . . . .	164	331
4.1.2	Wesen des Kanalanschlussbeitrags . . . . .	164	332
4.1.3	Ausnahmen vom Grundsatz der Einmaligkeit und dem Verbot einer Doppelveranlagung . . . . .	164	333
4.1.4	Einzelfragen zum Begriff der Entwässerungsanlage . . . . .	165	334
5.	Beitragsfähige Maßnahmen . . . . .	165	335
5.1	Anschaffung und Verbesserung . . . . .	166	336
5.2	Wirtschaftlicher Vorteil . . . . .	166	337
6.	Aufwandermittlung/Unterschied zum Straßenausbaubeitragsrecht . . . . .	166	338
6.1	Ermittlung des verteilungsfähigen Aufwandes/Globalkalkulation . . . . .	166	339
6.2	Kalkulation . . . . .	167	340
6.2.1	Gemeindeanteil . . . . .	168	341
6.3	Haus- und Grundstücksanschlüsse . . . . .	168	342
6.4	Das Problem der Straßenentwässerung bei erstmaliger Erschließung . . . . .	168	343
6.4.1	Bundes- und Landesrecht . . . . .	169	344
6.4.2	Aufteilung der Kostenmassen . . . . .	169	345

## Inhaltsverzeichnis

6.4.3 Lösung des Problems . . . . .	169	346
7. Das Beitragssystem in Rheinland-Pfalz für die Abwasserbeseitigung . . . . .	170	347
7.1 Einmalige und wiederkehrende Beiträge . . .	170	348–349
7.2 Kostenrechnung für Benutzungsgebühren und wiederkehrende Beiträge . . . . .	171	350
7.3 Die Kostenrechnung . . . . .	172	351
7.4 Aufgabe der Kostenrechnung . . . . .	172	352
7.5 Die Kostenstellenrechnung . . . . .	172	353
7.5.1 Kostenträgerrechnung Abwasser, Verhältnis Schmutzwasser/ Oberflächenwasser . . . . .	173	354–355
7.5.2 Überprüfung des Kostenverhältnisse	174	356
8. Umlageschlüssel . . . . .	174	357
9. Behandlung der Zinsen . . . . .	174	358
10. Behandlung der Abschreibungen im Abwasserbereich in Rheinland-Pfalz . . . . .	175	359
11. Vergleich Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen . . . . .	176	360
11.1 Wertung . . . . .	176	361
<b>II. Abschreibungen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und Ökologie . . . . .</b>	<b>177</b>	<b>362–364</b>
1. Die Abwasserabgabe im Gebührenbescheid . . . . .	177	363
2. Steuerverpflichtung der Entsorgungsbetriebe . . . . .	178	364
<b>KAPITEL VIII</b>		
<b>Kurbeitrag</b>		
<b>I. Verbreitung im Bundesgebiet und Rechtsgrundlagen, Rechtscharakter . . . . .</b>	<b>179</b>	<b>365–393</b>
1. Verbreitung . . . . .	179	366
2. Rechtsgrundlagen . . . . .	179	367
3. Begriff, Rechtscharakter . . . . .	179	368
3.1 Abgrenzung zur Steuer und Fremdenverkehrsbeitrag, weitere Rechtsfragen . . . . .	179	369
3.2 Anerkennung als Kurort . . . . .	180	370
3.3 Europarechtliche Fragen . . . . .	180	371
4. Der Kurbeitrag in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein . . . . .	180	372
4.1 Die Rechtslage in Nordrhein-Westfalen und anderen Ländern . . . . .	181	373
4.1.1 Die Behandlung der Staatsbäder . . .	181	374
4.2 Erhebungspflichten für Kurbeiträge . . . . .	181	375
4.3 Organisationsformen . . . . .	182	376

## Inhaltsverzeichnis

5.	Satzungserfordernis, Aufwandberechnung, Abgrenzungsfragen . . . . .	182	377
5.1	Satzungserfordernis . . . . .	183	378
5.2	Beitragsfähiger Aufwand . . . . .	183	379
5.2.1	Einbeziehung Dritter . . . . .	183	380
5.3	Abgrenzungen . . . . .	183	381
6.	Beitragspflichtiger Personenkreis . . . . .	184	382
6.1	Rheinland-Pfalz . . . . .	184	383
6.2	Baden-Württemberg . . . . .	185	384
6.3	Bayern . . . . .	185	385
6.4	Hessen . . . . .	185	386
6.5	Nordrhein-Westfalen . . . . .	186	387
6.6	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen . . . . .	186	388
6.7	Niedersachsen, Sachsen-Anhalt . . . . .	186	389
7.	Verhältnis zu Zweitwohnungen . . . . .	186	390
8.	Aufwanddeckungsprinzip . . . . .	187	391
9.	Mitwirkungspflichten und Haftung Dritter . . . . .	187	392
10.	Entstehung der Beitragspflicht . . . . .	187	393

### KAPITEL IX

#### Fremdenverkehrsbeitrag

<b>I.</b>	<b>Bezeichnung und Wesen des Fremdenverkehrsbeitrags . . . . .</b>	<b>189</b>	<b>394–405</b>
1.	Bezeichnung . . . . .	189	395
2.	Zutreffende Bezeichnung . . . . .	189	396
2.1	Fremdenverkehrsbeitrag als Beitrag . . . . .	189	397
2.2	Erhebungsberechtigte Gemeinden . . . . .	190	398
2.3	Beitragsfähiger Aufwand . . . . .	191	399
2.4	Abgabepflichtiger Personenkreis . . . . .	192	400
2.5	Verteilungsmaßstäbe . . . . .	192	401
2.5.1	Auswahl des Maßstabes . . . . .	193	402–404
2.5.2	Beitragsatz . . . . .	195	405
<b>II.</b>	<b>Prohibitive Fremdenverkehrsabgaben . . . . .</b>	<b>195</b>	<b>406</b>

### KAPITEL X

#### Verwaltungsverfahren, Rechtsbehelfe, Vollstreckung

<b>I.</b>	<b>Das Verwaltungsverfahren aufgrund der KAG der Länder bei Vorzugslasten . . . . .</b>	<b>197</b>	<b>407–460</b>
1.	Verweisung auf die Vorschriften der Abgabenordnung . . . . .	197	408
1.1	Abgabenhoheit . . . . .	197	409
1.2	Träger der Abgabenhoheit . . . . .	197	410

*Inhaltsverzeichnis*

1.3	KAG Rheinland-Pfalz und Landes-Besonderheiten . . . . .	198	411
1.4	Verweisung auf Landesverwaltungsverfahrenrecht . . . . .	199	412
1.5	Schwerpunkte der Verweisungen . . . . .	199	413
1.6	Besondere Regelungen in § 3 KAG Rheinland-Pfalz . . . . .	199	414
1.7	Rechtsstaatlicher Mindestinhalt von Heranziehungsbescheiden . . . . .	200	415
	1.7.1 Inhalt des Heranziehungsbescheides . . . . .	200	416
	1.7.2 Bestimmtheit. . . . .	200	417
	1.7.3 Nachprüfbarkeit für den Betroffenen . . . . .	200	418
2.	Berichtigung von Abgabebescheiden . . . . .	201	419–420
3.	Systematischer Aufbau in Baden-Württemberg . . . . .	201	421
4.	Entstehung von Ansprüchen . . . . .	201	422
4.1	Verjährung . . . . .	202	423
	4.1.1 Festsetzungsverjährung . . . . .	202	424
	4.1.2 Hemmung der Festsetzungsfrist . . . . .	202	425
	4.1.3 Umfang der Hemmung. . . . .	203	426
	4.1.4 Aufhebung des Abgabenbescheides . . . . .	203	427
	4.1.5 Zahlungsverjährung . . . . .	204	428
	4.1.6 Verwirkung . . . . .	204	429
5.	Sonstige Schwerpunkte in der kommunalen Praxis. . . . .	204	
5.1	Allgemeines zu Billigkeitsmaßnahmen . . . . .	204	430
	5.1.1 Stundung. . . . .	204	431
	5.1.2 Erlass . . . . .	205	432
	5.1.3 Niederschlagung . . . . .	205	433
6.	Verzinsung von Ansprüchen . . . . .	205	
6.1	Allgemeines . . . . .	205	434
6.2	Aussetzungszinsen . . . . .	206	435
6.3	Stundungszinsen. . . . .	206	436
6.4	Erstattungszinsen . . . . .	206	437
6.5	Säumniszuschläge . . . . .	206	438
7.	Verwaltungsverfahren und Rechtsbehelfe. . . . .	207	
7.1	Verwaltungsverfahren – gemäß AO oder nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen der Länder?. . . . .	207	439
7.2	Widerspruchsverfahren. . . . .	207	440
7.3	Zulässigkeit von öffentlich-rechtlichen Verträgen und Vereinbarungen . . . . .	208	441
7.4	Einstweiliger Rechtsschutz. . . . .	208	442
8.	Das verwaltungsgerichtliche Verfahren. . . . .	208	443–444

## Inhaltsverzeichnis

9. Öffentliche Last und sonstige Vollstreckungsfragen . . . . .	209	
9.1 Öffentliche Last . . . . .	209	445
10. Vollstreckungsüberblick . . . . .	210	446
10.1 Vollstreckungsbehörden . . . . .	210	447
10.2 Vollstreckungsgrundlagen . . . . .	210	448
10.3 Vollstreckungsvoraussetzungen: Bekanntgabe, Fälligkeit, Mahnung . . . . .	211	449
10.3.1 Vollstreckung gegen Dritte . . . . .	211	450
10.3.2 Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung . . . . .	211	451
10.3.3 Vollstreckung in das bewegliche Vermögen . . . . .	212	452
10.3.4 Rechtswirkungen der Pfändung . . . . .	212	453
10.3.5 Verwertung . . . . .	212	454
11. Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen . . . . .	212	455
11.1 Vollstreckungsantrag . . . . .	213	456
12. Fortbestehendes System in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion? . . . . .	213	457
13. Europäische Entwicklung . . . . .	213	458
14. Materieller Gesetzesbegriff und Europäische Rechtsgrundlagen . . . . .	213	459–460

## KAPITEL XI

### Einführung des Euro

<b>I. Vorbemerkung und EU-rechtliche Vorgaben . . . . .</b>	<b>215</b>	<b>461–484</b>
1. Vorbemerkung: . . . . .	215	461
2. Vertrag von Amsterdam . . . . .	215	462
2.1 EU-Währungsrecht . . . . .	216	463
2.2 Währungsverordnungen . . . . .	216	464
2.3 Umrechnungskurs DM/Euro . . . . .	216	465
2.4 Die Einführungsverordnung . . . . .	217	466
2.4.1 Stückelungsverordnung . . . . .	217	467
3. Verfassungsbeschwerden . . . . .	217	468
4. Schlussfolgerungen aus dem europ. Währungsrecht – Allgemein . . . . .	217	469
4.1 Ablösung des ECU . . . . .	218	470
4.2 Vorrangiges EG-Währungsrecht nach der Übergangszeit . . . . .	218	471
4.2.1 Verwendung des Euro in der Übergangszeit . . . . .	218	472

## *Inhaltsverzeichnis*

4.2.2	Wahlfreiheit innerhalb des Privatsektors und die Stellung des Abgabenrechts .....	219	473
4.2.3	Einführung des Euro-Bargeldes ....	219	474
5.	Umstellung des öffentlichen Sektors.....	220	475
5.1	Umstellung zum 1. 1. 2002 .....	220	476
5.2	Anpassung der Satzungen .....	220	477
5.2.1	Rundungen .....	220	478
5.3	Glättungen .....	220	479
5.4	Materielle Belastungen.....	221	480
5.5	Sonstige Veränderungen wegen der Währungsumstellung mit Relevanz für Vorzugslasten .....	221	481–482
5.6	Vergaberecht.....	222	483
5.7	Erfahrungen nach dem 1. 1. 2002.....	222	484
<b>II.</b>	<b>Einführung des Euro – Allgemein.....</b>	<b>222</b>	<b>485</b>
<b>Anhang</b>			
	Muster einer Vorlage zur Fremdenverkehrsabgabe .....	223	
	Literaturverzeichnis .....	225	
	Stichwortverzeichnis .....	231	